

Transformation einer Volkswirtschaft

**Neue Forschungen zur Geschichte
der Treuhandanstalt**

Herausgegeben von
Dierk Hoffmann



METROPOL

Inhalt

DIERK HOFFMANN

Einleitung	7
-------------------------	----------

ANDREAS MALYCHA

Politische Kontrolle? Die Bundesregierung und die Treuhandanstalt	27
---	-----------

MARCUS BÖICK

Berater in „blühenden Landschaften“ Wirtschaftsprüfer und Unternehmensberater bei der Treuhandanstalt	41
--	-----------

JANN MÜLLER

Partner der Treuhandanstalt? Die Interessenverbände der Wirtschaft und die Transformation in Ostdeutschland	56
--	-----------

KATJA FUDER

Schnelle Privatisierung für schnelle Erlöse Wie die Transformation der DDR-Wirtschaft finanziert werden sollte	70
---	-----------

MAX TRECKER

Die Wiedervereinigung als „Stunde Null“ des ostdeutschen Mittelstands? Über verpasste Chancen	84
---	-----------

EVA SCHÄFFLER

Ein Privatisierungsmarathon à la Treuhand Die Übernahme der Umformtechnik Erfurt durch Škoda Plzeň	96
---	-----------

RAINER KARLSCH

Einheitsgewinner

Die Privatisierung der ostdeutschen Pharmaindustrie 112

ANDRÉ STEINER

**Ost-West-Doppelunternehmen
und die Treuhandanstalt**

Der Fall Carl Zeiss Jena 130

WOLF-RÜDIGER KNOLL

Zwischen Abbruch und Aufbruch

Die Treuhandanstalt und der Verkauf der Stahlwerke
Hennigsdorf und Brandenburg im Kontext
der europäischen Stahlkrise 143

GERHARD HEIMPOLD

**Was wurde aus den industriellen Kernen
der ehemaligen DDR?**

Einige Fallbeispiele 161

JESSICA ELSNER

Enttäuschte Hoffnung

Soziale Ungleichheit im Automobilwerk Eisenach
in der Transformationszeit (1989–91) 174

DIERK HOFFMANN

Der selbst ernannte Musterschüler

Massenarbeitslosigkeit und Kommunikationsstrategie
der sächsischen Landesregierung 188

Abkürzungen 201

Autorinnen und Autoren 203

Die Wiedervereinigung als „Stunde Null“ des ostdeutschen Mittelstands?

Über verpasste Chancen

„Mittelstand“ – Rückgrat von Demokratie und Marktwirtschaft?

Mit der Wiedervereinigung am 3. Oktober 1990 hielt das Modell der sozialen Marktwirtschaft Einzug in Ostdeutschland und damit das vermeintliche Erfolgsrezept, das hinter dem ökonomischen Erfolg Westdeutschlands stand. Soziale Marktwirtschaft bedeutete in der populären Wahrnehmung Wohlstand, eine stabile Währung und nicht zuletzt Freiheit. Bereits im Sommer 1990 war mit der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion der Startschuss für einen Aufbruch in Ostdeutschland erfolgt. Die Einführung der D-Mark und des westdeutschen Sozialsystems sollte die Bevölkerung rasch in die westdeutsche Gesellschaft integrieren.

Zur ökonomischen Freiheit im engeren Sinn gehört das Recht für Personen und Gesellschaften, sich selbstständig als Unternehmer betätigen zu können. Kleine und mittlere Unternehmen stehen hierbei im Gegensatz zu anonymen Großkonzernen, die, von angestellten Managern verwaltet, für die Interessen der Anteilseigner arbeiten, die in aller Regel nicht selbst im Unternehmen beschäftigt sind. Diesem Großkonzern steht das Ideal des inhabergeführten Unternehmens gegenüber. In Deutschland hat sich hierfür der Begriff Mittelstand etabliert, der ein weit schillernderes Bedeutungsspektrum aufweist als der englische Begriff „small and medium sized enterprises“.

Das westdeutsche Erfolgsmodell der sozialen Marktwirtschaft und der Mittelstand stehen in einem engen Bedeutungszusammenhang.

Für die Vordenker der sozialen Marktwirtschaft in den 1930er und 1940er Jahren wie Alexander Rüstow und Wilhelm Röpke bildeten Mittelstandsfragen das Zentrum ihrer Überlegungen, um die „megalomane Elephantiasis der Wirtschaft“ aufzubrechen.¹ Möglichst vielen Menschen sollte die Möglichkeit eröffnet werden, sich eine eigene wirtschaftliche Existenz abseits abhängiger Lohnarbeit aufzubauen. Gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Nutzen gingen in den Augen der Begründer der sozialen Marktwirtschaft Hand in Hand: Ein breiter Mittelstand bilde das Rückgrat einer demokratischen Gesellschaft und erweise sich – so das Ideal – als immun gegen autoritäre Versuchungen.

Die historische Forschung in der Bundesrepublik stellte solche Deutungsmuster infrage, da gerade vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise der Mittelstand im Deutschen Reich sich weit empfänglicher für die autoritären Versprechungen des Nationalsozialismus gezeigt hatte als die organisierte Industriearbeiterschaft.² Ungeachtet dieser gesellschaftswissenschaftlichen Erkenntnisse feierte der Mittelstand in den 1970er Jahren ein internationales Comeback, das eng mit der Krise des Fordismus und der wirtschaftswissenschaftlichen Infragestellung der Effizienz industrieller Monokulturen verbunden war.³ Autoren wie der deutsch-britische Ökonom Ernst Friedrich Schumacher popularisierten solche Ideen.⁴

Mittelstandspolitik in der DDR

Die Wiedervereinigung bot die einmalige Chance, die mittelständischen Strukturen Westdeutschlands auf Ostdeutschland zu übertragen und damit ein international anerkanntes Erfolgsmodell zu transplantieren. Der Gegensatz konnte kaum größer sein: Während vor allem der industrielle Mittelstand in Westdeutschland in den 1970er und 1980er Jahren ein nahezu symbiotisches Verhältnis mit der Großindustrie eingegangen war und immer größere internationale Erfolge verbuchen konnte, hatte die SED-Führung 1972 den einst blühenden ost- beziehungsweise mitteldeutschen Mittelstand in einer großen politischen Kampagne enteignet. Die letzte Enteignungswelle, von der circa 12 000 Betriebe betroffen waren,

schien das Ende des Mittelstands in der DDR zu bedeuten. Besonders anachronistisch hieran war, dass die Enteignungen zu einer Zeit erfolgten, als sowohl in der westlichen Welt als auch im Ostblock selbst privates, mittelständisches Unternehmertum als Ausweg aus der Krise des Fordismus wiederentdeckt wurde.

Die Verstaatlichungskampagne von 1972 war in der Hinsicht erfolgreich, als sie große Teile des verbliebenen ostdeutschen Mittelstands endgültig in die großen Kombinate überführte. Noch größer war aber ihr propagandistischer Erfolg, vor allem außerhalb der DDR. Selbst in einer von der Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben herausgegebenen wissenschaftlichen Publikation zur Tätigkeit der Treuhandanstalt aus dem Jahr 2003 findet sich die Behauptung, dass es nach 1972 *de facto* kein nennenswertes ostdeutsches Unternehmertum mehr gegeben habe.⁵ Auch ehemalige Funktionsträger des Regimes, wie der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission, erkannten im Nachhinein in den Enteignungen von 1972 den *Nukleus* des wirtschaftlichen Niedergangs in der DDR.⁶

Aus dieser Perspektive betrachtet erscheint das Jahr 1990 als die „Stunde Null“ des ostdeutschen Mittelstands und die Zeit zwischen 1972 und 1990 als eine Art mittelständische Eiszeit. Diese Sicht trägt jedoch. Zwar ließ sich in anderen ostmitteleuropäischen Ländern in den 1980er Jahren eine größere Dynamik als in der DDR feststellen; dies bedeutet aber nicht, dass die DDR-Wirtschaft 1972 in eine Schockstarre gefallen wäre – weder im staatlichen noch im verbliebenen Privatsektor. Die Anomalie im Vergleich zu den anderen staatssozialistischen Ländern bestand eher in der Phase vor 1972. Die DDR war das einzige Land, in dem der private Sektor bis Anfang der 1950er Jahre nicht vollständig enteignet worden war. Während es in Polen und der Tschechoslowakei Anfang der 1950er Jahre keinerlei privates Unternehmertum mehr gab, arbeitete in der DDR noch etwa ein Drittel aller Beschäftigten in Privatunternehmen.⁷ Dies wirft die Frage auf, inwiefern die DDR der 1950er Jahre als sozialistische Kommandowirtschaft bezeichnet werden kann. Mit der letzten, aber bei Weitem nicht einzigen Verstaatlichungskampagne von 1972 hatte die DDR einen Anpassungsprozess an ihre östlichen Nachbarländer vollzogen.

In personeller Hinsicht bedeutete das Jahr 1972 in den meisten Fällen keinen Bruch. Viele der ehemaligen Eigentümer wurden nach der Verstaatlichung als Geschäftsführer eingesetzt.⁸ Zudem waren auch nach der letzten Enteignungswelle zahlreiche Unternehmen in privater Hand verblieben. Etwa 85 000 private Handwerksunternehmen und 40 000 Unternehmen in Gastronomie und Einzelhandel waren von den Ereignissen von 1972 weitgehend unberührt geblieben.⁹ Ähnlich wie in den anderen sozialistischen Staaten setzte in der SED-Führung bereits Mitte der 1970er Jahre eine zaghafte Wende in der Politik gegenüber dem Privatsektor ein. Die Überführung von 12 000 mittelständischen Betrieben in das Kombinatssystem hatte weder die Kombinate effizienter gemacht noch die Versorgung der Bevölkerung mit Konsumgütern verbessert – eher im Gegenteil.

Engpässe im Bereich des Handwerks drohten überdies, Prestigeprojekte des Regimes wie das Wohnungsbauprogramm zu gefährden. Aus diesem Grund erließ der Ministerrat der DDR Mitte der 1970er Jahre mehrere Fördermaßnahmen, die die Zahl der Selbstständigen vor einem weiteren Rückgang bewahren sollten. Mittel der Wahl stellten unter anderem Steuererleichterungen, eine bessere Materialversorgung und eine gelockerte Vergabe von Gewerbe genehmigungen dar.¹⁰ Bürger, die einen Privatbetrieb übernahmen und weiterführten, erhielten im ersten Jahr einen Steuerfreibetrag in Höhe von 10 000 Mark und Zugang zu Krediten für Rationalisierungsinvestitionen. Die Vergabe von Gewerbe genehmigungen nahm das erste Mal seit den frühen 1950er Jahren wieder zu, ohne jedoch den Wunsch von DDR-Bürgern nach wirtschaftlicher Selbstständigkeit vollständig zu erfüllen oder die Nettozahl von Gewerbetreibenden signifikant zu erhöhen.¹¹ Dennoch bedeutete dies im Kern eine Abkehr von der zuvor praktizierten Haltung von Staat und Partei.

Privates Unternehmertum im Dienst des Sozialismus?

Die Politik der zaghaften Stabilisierung des Privatsektors versteifte sich in den 1980er Jahren. Die in Handels- und Gewerbekammern umbenannten ehemaligen Industrie- und Handelskammern der DDR erfuhren 1983 eine Aufwertung ihrer Tätigkeit. Sie hatten

sich fortan verstärkt um die Qualifizierung ihrer Mitglieder und eine Steigerung der Leistungsfähigkeit der Privatwirtschaft in der DDR zu kümmern.¹² Auf seiner 58. Sitzung am 24. März 1988 erließ der Ministerrat der DDR einen Beschluss, der erstmals die Privatisierung öffentlichen Eigentums ermöglichte.¹³ In der Begründung der Beschlussvorlage heißt es: „Die systematische Förderung privater Gewerbetreibender ist ein fester Bestandteil der Politik der Hauptaufgabe, der Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik. [...] Die mit dem Gesetz über die örtlichen Volksvertretungen gegebenen Möglichkeiten sind insgesamt noch umfassender für die Verbesserung der Versorgung der Bevölkerung zu nutzen. Noch bestehende ungerechtfertigte Unterschiede zwischen Kreisen, Städten und Gemeinden sowie engstirniges, kleinliches Verhalten zu diesen Fragen gilt es zügiger zu überwinden.“¹⁴

Die Staats- und Parteiführung suchte die Schuld für die mangelhafte Unterstützung der verbliebenen Privatwirtschaft bei den Bezirken. Dabei hatten dieselben Mitglieder des Ministerrates die Verstaatlichungskampagne von 1972 initiiert und befeuert. Die Haltung der Bezirksverwaltungen erscheint daher primär in Selbstschutz begründet. Auch wenn der Erlass nur Einzelhandel und Gastronomie betraf, ist bemerkenswert, dass private Einzelhändler und Gastwirte zu einem integralen Bestandteil der honeckerschen Wirtschaftsdevise der „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ erklärt wurden.

Noch Anfang der 1980er Jahre war der Privatsektor in der DDR weit vielfältiger und sein Anteil an der Gesamtbeschäftigung und an der Wirtschaftsleistung größer als in Polen und Ungarn, die beide als Vorreiter von Privatisierung und zaghafter wirtschaftlicher Liberalisierung im Ostblock galten.¹⁵ Obgleich die Dynamik der von der SED-Führung Mitte der 1970er Jahre eingeleiteten Kehrtwende bedeutend geringer war als in Polen und Ungarn, war das Ausgangsniveau ein anderes. In der DDR hatte es nie eine komplette Verstaatlichung der Privatwirtschaft gegeben. Der Anteil der außerhalb der Landwirtschaft privat Beschäftigten lag 1980 in der DDR bei 5,2, in Polen bei 4,9 und in Ungarn bei drei Prozent.¹⁶

Die Anzahl der Interessenten für Gewerbe genehmigungen lag in den 1980er Jahren deutlich über der Zahl der zu vergebenden Lizenzen.¹⁷ Dies deutet darauf hin, dass es in einem offiziell staats-

sozialistischen Land wie der DDR ein signifikantes Interesse der Bevölkerung an einer selbstständigen Existenz gab. Darüber hinaus lohnte sich die Selbstständigkeit trotz restriktiver Steuergesetzgebung auch in finanzieller Hinsicht. Während etwa selbstständige Fahrradmechaniker im Schnitt so viel verdienten wie Facharbeiter, lag das Nettomedianeinkommen eines Selbstständigen in der DDR bei mehr als dem Doppelten des Verdienstes eines Facharbeiters. Inhaber besonders nachgefragter Dienstleistungsbetriebe konnten legal auf das Zwanzigfache eines Durchschnittsverdienstes kommen.¹⁸ Auch wenn der Privatsektor weit kleiner war als der Staatssektor, bedeutete dies eine – trotz sozialistischer Rhetorik – enorme Einkommensungleichheit.

Dennoch war die restriktive Steuergesetzgebung von großer Bedeutung für das Verhalten der Unternehmer in der DDR der 1980er Jahre. Sie setzte starke Anreize, Umsatz und damit Größe und Beschäftigungsstruktur der Unternehmen nicht über einen bestimmten Punkt hinaus wachsen zu lassen. Dadurch blieben die Wirkungen ökonomischer Skalenerträge begrenzt. Bedingt durch die restriktive Vergabe von Gewerbe genehmigungen und mangelnde Wachstumsmöglichkeiten für bestehende Betriebe wurden die Unternehmer in ihrem Verhalten konditioniert. Hinzu kam die im sozialistischen System im Vergleich zum Westen untergeordnete Rolle des Geldes. Da sie auch mit mäßigem Arbeitseinsatz ein privilegiertes Leben führen konnten, nahm der Faktor Freizeit in der individuellen Nutzenfunktion eines durchschnittlichen Selbstständigen in der DDR eine größere Rolle ein, als dies für einen typischen westdeutschen Selbstständigen der 1980er Jahre der Fall gewesen sein dürfte. Nach 1976 hatten Staats- und Parteiführung die Kinder von Unternehmern explizit aufgefordert, den elterlichen Betrieb zu übernehmen. Aus diesem Grund verfestigte sich bei vielen Unternehmen zwischen 1976 und 1989 der Charakter von „Familienunternehmen“.¹⁹

Auffällig ist, dass der Privatsektor in der DDR weit weniger in Schattenwirtschaft und Korruption involviert war als in Polen, Ungarn und der Sowjetunion. In diesen Ländern vollzog sich die Förderung privaten Unternehmertums in den 1980er Jahren in Konkurrenz zum Staatssektor. Dies entsprach nicht zwangsläufig den Intentionen der politischen Führung, resultierte aber häufig in einer

wenig produktiven Konkurrenz um knappe Ressourcen und den Zugang zu Arbeitskräften.²⁰ Kombinatiisleiter waren versucht, sich ihrer Konkurrenz, die ihre Macht gefährdete, zu entledigen, indem sie ihre eigenen politischen Kontakte auf regionaler Ebene nutzten. In der DDR gestaltete sich das Zusammenspiel aufgrund der unterschiedlichen historischen Tradition abweichend von der Erfahrung anderer staatssozialistischer Länder.²¹

Falsche Vorstellungen und enttäuschte Hoffnungen

Trotz aller politischen Unsicherheit in der DDR waren die unteren staatlichen Instanzen an die Existenz eines lokalen privaten Unternehmertums gewöhnt, dessen Produkte und Dienstleistungen fest in die Wirtschaftspläne der Bezirke und der Staatlichen Plankommission eingearbeitet waren. Das private Unternehmertum war somit integraler Bestandteil des legalen Wirtschaftskreislaufs. Ende der 1980er Jahre wurde die Förderung des privaten Handwerks offiziell als Bestandteil der Wirtschafts- und Sozialpolitik der SED bezeichnet.²² Darüber hinaus hatte das Management der größeren Kombinate zumindest in den 1960er und frühen 1970er Jahren auf das Wissen und die Produktpalette des Mittelstands zurückgegriffen, um die eigene Produktion effizienter zu gestalten. Daher entwickelte sich das Zusammenspiel zwischen Staat und Privatwirtschaft in der DDR weit weniger antagonistisch als in anderen staatssozialistischen Ländern.²³ Trotz des stets prekären Verhältnisses zwischen Parteielite und Unternehmertum gehörten die Unternehmer in der späten DDR zur privilegiertesten sozialen Schicht nach der höheren Parteiennomenklatur.²⁴ Dies schien der DDR-Wirtschaft und vor allem dem ostdeutschen Mittelstand vergleichsweise gute Bedingungen für den Start in eine neue Zeit zu bieten.

Aufgrund der Nähe zum Staat und zum sozialistischen Wirtschaftskreislauf waren die Unternehmer der DDR jedoch kaum auf einen radikalen Kurswechsel vorbereitet, wie er sich im Sommer und Herbst 1990 vollzog. Dies unterschied sie von den Unternehmern in anderen staatssozialistischen Ländern. Zwar spielte die Reprivatisierung der 1972 enteigneten Betriebe im politischen Diskurs von 1990

eine bedeutende Rolle und wurde bereits im März 1990 – noch von der Modrow-Regierung – eingeleitet; das Vorwissen und die Bedürfnisse der mehr als 100 000 an der Jahreswende von 1989 auf 1990 aktiven Privatunternehmen spielte im Diskurs aber eine äußerst untergeordnete Rolle. Die in die „1972er“ gesteckten Hoffnungen erfüllten sich nicht und waren realistischerweise auch unerfüllbar. Viele der 1972 verstaatlichten Unternehmen existierten 1990 nicht oder zumindest nicht mehr in ihrer ursprünglichen Form beziehungsweise waren marode.²⁵

Die Restitution der Betriebe zog sich über mehrere Jahre hin und erwies sich als zu schwere Hypothek auf dem Weg zur Revitalisierung des industriellen Mittelstands in Ostdeutschland. Durch den Fokus auf die „1972er“ erlagen sowohl die bundesrepublikanische Politik als auch die Manager der Treuhandanstalt einem Propagandamythos der SED, dem zufolge 1972 die letzten Überreste des alten kapitalistischen Systems in der DDR beseitigt worden seien. Zwar hatte das verbliebene private Unternehmertum in der DDR eine Art *modus vivendi* mit der Planwirtschaft finden müssen, es war jedoch nicht verschwunden.

Dabei mangelte es zumindest zwischen Herbst 1989 und Sommer 1990 im ostdeutschen Unternehmertum nicht an Optimismus und Veränderungswillen. Wie schwer es jedoch für die 1989 und 1990 aktiven privaten Unternehmer der DDR war, von der Politik ernst genommen zu werden, zeigt das Beispiel Rudolf Stadermanns. Stadermann gehörte zu den Gründungsmitgliedern des Unternehmerverbandes der DDR, der sich an der Jahreswende von 1989 auf 1990 gebildet hatte und dessen Vorsitzender er war. In seiner Rede auf dem „Kongress deutsch-deutscher Marktplatz“, der unter der Schirmherrschaft des Deutschen Industrie- und Handelstages stand, sagte er im Februar 1990 vor Vertretern der west- und ostdeutschen Politik und Wirtschaft: „Bei unseren Gesprächen in der Bundesrepublik haben wir feststellen müssen, daß es dort überhaupt keine richtigen Vorstellungen davon gibt, was es an Unternehmer-Potential in der DDR gibt. Es gab keine Zahlen, man wußte nichts von den über 100 000 Privatbetrieben in der DDR, die Gewehr bei Fuß stehen, die sofort loslegen, wenn man ihnen nur die Möglichkeit dazu gibt. In einer Art missionarischer Tätigkeit haben wir in der Bundesrepublik um

Verständnis für unsere Situation geworben, und zwar nicht nur beim Wirtschaftsministerium, sondern u. a. auch beim DIHT.“²⁶

Zwar hatte man in Westdeutschland die Reformen und Entwicklungen in Polen, Ungarn und der Sowjetunion intensiv verfolgt, für die DDR lässt sich bei den Eliten aus Politik und Wirtschaft hingegen eine Wahrnehmungsschwäche feststellen beziehungsweise eine in Wirtschaftsfragen weitgehend unkritische Übernahme der Außendarstellung der SED. Diese Wahrnehmung erwies sich als Hindernis für die Transformation in Ostdeutschland nach 1990, verkannte sie doch die Potenziale und Ausgangsbedingungen der DDR-Wirtschaft. Für den Aufbau mittelständischer Strukturen und die Transplantation der sozialen Marktwirtschaft musste dies enttäuschte Hoffnungen nach sich ziehen.

Laut Schätzungen des Instituts für Mittelstandsforschung in Bonn hätten allein aus der Reprivatisierung der 1972 verstaatlichten Unternehmen etwa 9000 mittelständische Industriebetriebe mit mehreren hunderttausend Beschäftigten entstehen können.²⁷ Die Berechnungen des Instituts ergaben, dass 1996 weniger als 3000 reprivatisierte Industriebetriebe am Markt tätig waren, die nicht einmal 100 000 Mitarbeiter hatten. Selbst diejenigen Betriebe, die sich am Markt behaupten konnten, hatten in aller Regel im Vergleich zu 1990 Personal abgebaut und sich nicht als Jobmotor erwiesen.²⁸

Die Treuhandanstalt selbst hatte sich des Themas der Mittelstandsförderung eher widerwillig angenommen und einen Großteil der für den Mittelstand verwandten Energie auf die Restitution der 1972 enteigneten Unternehmen konzentriert. Aufgrund der komplizierten juristischen Situation und Organisationsschwierigkeiten zog sich dieser Prozess über mehrere Jahre hin. Die unsichere rechtliche Situation, in der sich Tausende Reprivatisierer wiederfanden, stellte einen wichtigen Faktor für das wirtschaftliche Aus vieler Unternehmen dar. Interessanterweise hatten diejenigen Reprivatisierer die größte Überlebenschance, die als Erste reprivatisiert worden waren.²⁹ Rohwedders Diktum „schnell privatisieren“ hätte sich bei den „72ern“ somit im Vergleich zur gelebten Praxis der Treuhandanstalt als vorteilhaft erwiesen.

Die bereits bestehenden Privatunternehmen in der DDR hatten trotz des Versuchs der Selbstorganisation nur eine schwache Lobby

und blieben weitgehend unter der Wahrnehmungsschwelle der Politik. Die Treuhandanstalt interessierte sich nicht für sie, da sie bereits privatisiert waren. Dabei hätte es hier ein Potenzial an Unternehmertum gegeben, das weit einfacher zu aktivieren gewesen wäre als die „72er“. Aufgrund ihrer Nähe zum Staat und ihrer früheren (legalen) Einbettung in das sozialistische Wirtschaftssystem hätten diese Unternehmer jedoch Starthilfen benötigt, um sich dem neuen System anzupassen. Unterstützung fanden sie aber nur schwer, am ehesten noch bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die mit der Wiedervereinigung eine deutliche Ausweitung ihrer Tätigkeit erfuhr. Im Blickfeld der eigentlich für die Transformation Ostdeutschlands zuständigen Institutionen tauchten sie nicht auf, da deren Vertreter mit ihrer Existenz nicht gerechnet hatten.

Dies lässt die Wiedervereinigung als wesentlich dramatischeren Einschnitt für den ostdeutschen Mittelstand erscheinen als die Verstaatlichungskampagne von 1972. Ein stärkerer Fokus auf die Bildung mittelständischer Strukturen hätte nicht nur zu einer ausgewogeneren Wirtschaftsstruktur in Ostdeutschland beigetragen. Mehr Möglichkeiten für Ostdeutsche zu schaffen, sich selbst als Unternehmer zu betätigen, hätte zumindest einen teilweisen Ausgleich für ein subjektives Gerechtigkeitsdefizit bei Wiedervereinigung und Privatisierung der DDR-Wirtschaft bilden können. Die Politik der 1990er Jahre zeigte große Erfolge in der Hebung des ostdeutschen Konsumniveaus, das sich rasch den westdeutschen Werten annäherte. Dadurch waren die ostdeutschen Bürger aber nicht automatisch als aktive und überzeugte Teilhaber der sozialen Marktwirtschaft gewonnen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. Alexander Rüstow, Das Versagen des Wirtschaftsliberalismus, Marburg 2001 (deutsche Erstauflage 1945), S. 115–119, Zitat S. 119. Vgl. auch Wilhelm Röpke, Die Funktion des Klein- und Mittelbetriebes in der Volkswirtschaft, in: André Siegfried (Hrsg.), Handwerk und Kleinhandel in der modernen Volkswirtschaft: Entwicklungsmöglichkeiten und Rechtsgrundlagen, St. Gallen 1947, S. 19–40.
- 2 Vgl. Heinrich August Winkler, Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus: Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der

- Weimarer Republik, Köln 1972. Vgl. zum westdeutschen Mittelstand von Kriegsende bis in die 1970er Jahre: Ders., Stabilisierung durch Schrumpfung: Der gewerbliche Mittelstand in der Bundesrepublik, in: Werner Conze/Rainer M. Lepsius (Hrsg.), Sozialgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Beiträge zum Kontinuitätsproblem, Stuttgart 1983, S. 187–209.
- 3 Vgl. Robert D. Atkinson/Michael Lind, *Big is Beautiful: Debunking the Myth of Small Business*, Cambridge (MA) 2018, S. 3–11.
 - 4 Vgl. Ernst Friedrich Schumacher, *Small is Beautiful, A Study of Economics as if People Mattered*, London 1973.
 - 5 Vgl. Hans-Hinrich Schroeder-Hohenwarth/Richard Graf zu Eulenburg (Hrsg.), „Schnell privatisieren, entschlossen sanieren, behutsam stilllegen“: Ein Rückblick auf 13 Jahre Arbeit der Treuhandanstalt und der Bundesanstalt für Vereinigungsbedingte Sonderaufgaben, Berlin 2003, S. 23.
 - 6 Vgl. Frank Ebbinghaus, *Ausnutzung und Verdrängung. Steuerungsprobleme der SED-Mittelstandspolitik 1955–1972*, Berlin 2003, S. 9.
 - 7 Anders Åslund, *Private Enterprise in Eastern Europe: the non-agricultural private sector in Poland and the GDR 1945–93*, New York (NY) 1985, S. 10.
 - 8 Vgl. Ebbinghaus, *Ausnutzung und Verdrängung*, S. 186 f.
 - 9 Vgl. Andreas Pickel, *Radical Transition: The Survival and Revival of Entrepreneurship in the GDR*, Boulder (CO) 1992, S. 12.
 - 10 Vgl. Jann Müller, *Die Wiederbegründung der Industrie- und Handelskammern in Ostdeutschland im Prozess der Wiedervereinigung*, Stuttgart 2017, S. 38 f.
 - 11 Vgl. ebd., S. 39. In Ost-Berlin – so Jann Müller – standen 1982 2800 Gewerbetreibenden 2000 Anträge auf eine neue Gewerbelizenz gegenüber.
 - 12 Vgl. ebd., S. 40 f.
 - 13 Vgl. ebd.
 - 14 Bundesarchiv (BArch) Berlin, DC 20 I/3/2626, Maßnahmen zur weiteren Steigerung des Leistungsvermögens privater Einzelhändler und Gastwirte und zur Erhöhung ihrer Versorgungsleistungen für die Bevölkerung, 24. 3. 1988.
 - 15 Vgl. Åslund, *Private Enterprise in Eastern Europe*, S. 13.
 - 16 Vgl. Pickel, *Radical Transition*, S. 12 f.
 - 17 Vgl. ebd., S. 89.
 - 18 Vgl. ebd., S. 90.
 - 19 Ebd., S. 94.
 - 20 Vgl. ebd., S. 2.
 - 21 Vgl. ebd., S. 77–79.
 - 22 Vgl. Zur Sozialpolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, in: *Neues Deutschland*, 29. 1. 1987.
 - 23 Vgl. Pickel, *Radical Transition*, S. 2 und 16.
 - 24 Vgl. ebd., S. 165 f.
 - 25 Vgl. zum Bezirk Dresden: Rainer Karlsch, „Die kapitalistischen Betriebe, die sich halbstaatlich nennen, müssen wir liquidieren“: Der letzte Schlag gegen den Dresdner Mittelstand im Frühjahr 1972, in: *Dresdner Hefte* 134 (2016), S. 24–31.

- 26 Rudolf Stadermann, Gewerbefreiheit in der DDR sichern, in: Deutscher Industrie- und Handelstag (Hrsg.), DIHT-Kongreß deutsch-deutscher Marktplatz 13. Februar 1990 in Berlin (West), Bonn 1990, S. 33.
- 27 Die 1972 enteigneten Betriebe wiesen insgesamt etwa 500 000 Beschäftigte auf.
- 28 Vgl. Friedrich Kaufmann, Die Situation der reprivatisierten Unternehmen in den neuen Bundesländern, Bonn 1997, S. 1 f. und 53.
- 29 Vgl. ebd., S. 13.